

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir haben allen Grund zur Zuversicht

Der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat am 27. Dezember 1982 nachfolgenden Brief an die Bundestagsabgeordneten der CDU, CDU-Kandidaten für die Bundestagswahl, Kreis-, Bezirks- und Landesvorsitzenden, Kreis-, Bezirks- und Landesgeschäftsführer, Vorsitzenden und Geschäftsführer der Vereinigungen und an die Mitglieder der CDU-Fraktionen in den Landtagen, Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses geschrieben.

Bonn, den 27. Dezember 1982

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

wir stehen am Ende eines erfolgreichen Jahres. Mit der Regierung ist uns, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, aber auch neue Verantwortung zugewachsen. Gemeinsam mit der CSU stehen wir vor der Aufgabe, unser Land aus der schwersten Wirtschafts- und Sozialkrise herauszuführen.

Am 6. März sind Bundestagswahlen. Das Hamburger Ergebnis hat, so hoffe ich, den einen oder anderen daran erinnert, daß wir die Bundestagswahl noch nicht gewonnen haben. Aber auch das Hamburger Ergebnis hat bestätigt: Wir haben nach wie vor gute Chancen, wenn wir nur kämpfen. Bundesweit liegen die Unionsparteien zwischen 48 und 50 Prozent.

Wir werden schonungslos offenlegen, was die SPD in 13 Jahren angerichtet hat, in welche Krise sie unsere Wirtschaft gestürzt hat.

Wir werden den Bürgern sagen, was wir jetzt schon — in knapp zehn Wochen — getan haben, damit aus der Talfahrt der Wirtschaft kein Absturz wird.

Und wir werden den Wählern sagen, daß die Regierung der Mitte die Weichen richtig gestellt hat: Aufschwung gibt es nur mit uns.

Wir werden einen selbstbewußten und offensiven Wahlkampf führen.

1. Die SPD hat die Krankheit verursacht und macht jetzt den Arzt für die Medizin verantwortlich. Sie inszeniert ein Täuschungsmanöver, das die Rentenlüge von 1976 und die Schuldenlüge von 1980 noch weit in den Schatten stellt: Erneut verschweigt die SPD die Wahrheit, diesmal über ihre Schuld an der Krise, über zwei Millionen Arbeitslose, über 200 000 arbeitslose Jugendliche, über 100 000 Firmenzusammenbrüche in den letzten 10 Jahren, über 300 Milliarden Bundesschulden, die jedes neugeborene Kind mit rund 50 000 Mark belasten. Diese Zahlen klagen die SPD an.

Die SPD hat die Axt an die Wurzel der Wirtschaft und der sozialen Sicherheit gelegt, sie hat die kommenden Generationen ausgebeutet. Wenn wir nicht sofort gehandelt hätten, wäre die Rentenversicherung zusammengebrochen, wäre die Bundesanstalt für Arbeit 1983 mit 13,4 Milliarden Mark ins Defizit geraten: noch nicht einmal das Arbeitslosengeld wäre bei der SPD gesichert gewesen. Was die SPD hier angerichtet hat, ist ein sozialer Skandal.

2. Mit unserem Dringlichkeitsprogramm haben wir die Weichen für den Wirtschaftsaufschwung gestellt. Wir wollen eine Umverteilung zugunsten von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit. Ich bin sicher: Wir kommen aus der Krise, wenn wir uns gemeinsam anstrengen und dort zurückstecken, wo dies zumutbar ist. Wer dagegen — wie die SPD — bessere Zeiten verspricht und notwendige Opfer verschweigt, der täuscht die Wähler und verschlimmert die Krise.

Wir haben erste Schritte aus der Krise getan. Wir haben mit einem soliden Haushalt die finanzpolitische Wende eingeleitet; wir haben dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben; wir haben kleinen und mittleren Betrieben steuerliche Entlastungen eingeräumt.

Unsere Politik zeigt bereits erste Erfolge: Die Mark nimmt an Wert zu; die Zinsen sinken; die Bauanträge haben sich verdoppelt.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Für die zweite Hälfte 1983 ist ein wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht, mit positiven Wirkungen für den Arbeitsmarkt.

3. Die katastrophale Schuldenpolitik der SPD hat uns auch zu unpopulären Sparmaßnahmen gezwungen. Wir haben dazu alle Schichten der Bevölkerung herangezogen und so das Gebot der sozialen Gerechtigkeit beachtet. Nicht die SPD, sondern wir haben zum Beispiel die Einkommensgrenzen beim Kindergeld durchgesetzt.

Wir müssen Schutt wegräumen und die Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft erneuern. Sparen ist für uns kein Selbstzweck; es dient allein dem Ziel, Arbeit zu schaffen und die soziale Sicherheit zu garantieren. Nur

wenn wir heute sparen, können wir morgen wieder mehr für das tun, was uns am Herzen liegt:

- Familien mit Kindern stärker unterstützen;
- die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter aufwerten und sozial absichern;
- die Voraussetzungen für Wahlfreiheit und Gleichberechtigung der Frauen schaffen;
- für eine bessere Umwelt investieren;
- die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen fördern;
- den Arbeitsmarkt offener und vielfältiger gestalten.

Arbeit, Frieden, Zukunft — das sind die Hoffnungen unserer Zeit. Gewiß: Es sind schwere Zeiten, in denen wir leben, aber es ist nicht das erste Mal, daß die Union unser Volk aufwärts führt. Wir haben allen Grund zur Zuversicht. Ich bin sicher: miteinander werden wir es schaffen.

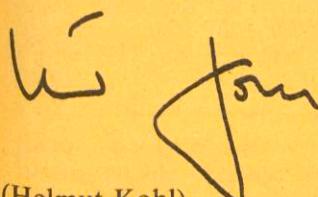
Miteinander werden wir, CDU und CSU, am 6. März Erfolg haben. Miteinander werden wir die Krise meistern, wieder Arbeit schaffen und die Zukunft unseres Landes sichern. Miteinander werden wir, mit unseren Freunden im westlichen Bündnis, für eine friedlichere und gerechtere Welt arbeiten.

Liebe Freunde, sagen Sie den Wählern, was die Regierung getan hat, um die Krise zu wenden; sagen Sie ihnen aber vor allem, was wir für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht tun wollen. Die CDU steht für Werte, Ideen und Überzeugungen: für mehr Freiheit und gegen mehr Staat; für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen den anonymen, bürokratischen Versorgungsstaat; für Solidarität und Partnerschaft, gegen Klassenkampf und Ellbogengesellschaft; für Frieden und Freiheit, gegen Krieg, Diktatur und Unterdrückung.

Es wird ein harter Wahlkampf, aber wir werden, davon bin ich überzeugt, als Sieger aus dieser Wahl hervorgehen. Unser Land braucht eine starke Regierung der Mitte. Kämpfen wir um jede Stimme. Es geht nicht allein um den Erfolg der Union, es geht um die Zukunft unseres Vaterlandes.

Ich wünsche Ihnen ein gutes, friedvolles Jahr 1983, und uns allen wünsche ich den Erfolg, den unser Land braucht.

Mit freundlichen Grüßen



(Helmut Kohl)

Die Ausgangslage ist gut

Eine umfassend angelegte Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung (SFK), durchgeführt Ende November/Anfang Dezember bei rund 2000 Bundesbürgern, bestätigt, daß die Union bis zur Bundestagswahl am 6. März 1983 gute Gewinnchancen hat. Bei der sogenannten „Sonntagsfrage“ („Welche Partei würden Sie wählen, wenn schon am nächsten Sonntag Wahlen stattfinden würden?“) ergibt sich folgendes Bild:

CDU/CSU	48—49 %
SPD	40—41 %
FDP	4— 5 %
Grüne (und Sonstige)	6— 7 %

Dies ist angesichts der emotionalen Turbulenzen, die das Scheitern der SPD/FDP-Koalition im Sommer hervorgerufen hat und die auch die Union in Mitleidenschaft gezogen haben, eine gute Ausgangslage.

Danach liegt die Union selbst für den ungünstigsten Fall in Front, daß die FDP nicht mehr in den Bundestag käme, die SPD zusammen mit den Grünen aber eine rot-grüne Koalition bilden könnte. Ein solches Ergebnis setzt eine hohe Mobilisierung der Unionsanhänger am Wahltag und ein hohes Engagement während des Wahlkampfes voraus.

Weitere interessante Ergebnisse der SFK-Umfrage sind:

- obwohl die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage in der Grundstimmung nach wie vor pessimistisch ist, zeigen sich in der Zukunftsperspektive erste Hoffnungsschimmer. Die Erwartung, daß sich die wirtschaftliche Situation in Zukunft verbessert, wird dabei eng mit der Regierung Helmut Kohl verknüpft;
- die CDU/CSU wird bei der Bewältigung der dringendsten Probleme als leistungsfähiger angesehen als die SPD. Bei 11 von 17 Aufgaben liegt die Union klar vor der SPD. Dies gilt besonders bei den Themen Investitionskraft, Sparmaßnahmen, Wirtschaftsaufschwung, Arbeitsplätze sichern;
- bei der Kanzlerpräferenz (gewünschter Kanzler) liegt Helmut Kohl mit 40 Prozent Zustimmung klar vor Vogel (34 Prozent). Mit Blick auf seine Eigenschaften gilt Helmut Kohl bei den Bürgern in besonderem Maße als verantwortungsbewußt, tüchtig, tatkräftig und sparsam;
- daß die SPD eine bessere Wirtschaftspolitik gemacht hätte als die neue Regierung, glaubte nur ein gutes Viertel (27 Prozent) der Befragten. Mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) stimmt der Ansicht zu, daß es mit unserer Wirtschaft noch weiter abwärts gegangen wäre, wenn die SPD in Bonn weiter an der Regierung geblieben wäre. 56 Prozent meinen, unter der jetzigen CDU/CSU-FDP-Regierung werde es mit unserer Wirtschaft wieder aufwärts gehen. Selbst 28 Prozent der SPD-Wähler meinen dies.